

Stadt und Kanton Zürich verdoppeln Bundesbeitrag

Freitag, 19. Jun 2020

Der Bund hatte jüdischen Organisationen in Zürich Beiträge in der Höhe von 250'000 Franken für Projekte im Sicherheitsbereich zugesprochen. Stadt und Kanton Zürich haben nun erklärt, dass sie sich in derselben Höhe beteiligen würden. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund begrüsst diese wichtige Zusage und Unterstützung.



Auf Bundesebene ist seit dem 1. November 2019 die «Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen» in Kraft. Der Bund unterstützt damit konkrete Sicherheitsprojekte mit insgesamt bis zu 500'000 Franken jährlich. Stadt und Kanton Zürich haben die Bestrebungen auf Bundesebene von Anfang an unterstützt. Dabei wurde auch in Aussicht gestellt, dass sie für konkrete Projekte zur Verbesserung der Sicherheit von gefährdeten Minderheiten noch einmal denselben Beitrag leisten würden wie der Bund.

Verdoppelung des Bundesbeitrags

Der Bund hat inzwischen vier jüdischen Organisationen in der Stadt Zürich für dieses Jahr finanzielle Unterstützung in der Höhe von insgesamt rund 250'000 Franken zugesprochen. Dieses Geld wird zur Umsetzung von konkreten Sicherheitsmassnahmen verwendet. Stadt und Kanton Zürich haben heute zudem erklärt, dass beide je zur Hälfte diesen Bundesbeitrag verdoppeln würden.

Wichtige Zusage und Unterstützung

Der SIG rief in der Vergangenheit die Kantone mehrmals dazu auf, sich an der vorliegenden Lösung des Bundes zur Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen zu



beteiligen. Entsprechend begrüsst der Verband diese wichtige Zusage und Unterstützung von Kanton und Stadt Zürich.

[Mehr Informationen zur «Verordnung über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen»](#)